

Christine Hikel, Nicole Kramer u. Elisabeth Zellmer Hg., **Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation im 20. Jahrhundert** (Zeitgeschichte im Gespräch; 4), München: R. Oldenbourg Verlag 2009, 141 S., EUR 16,80, ISBN 978-3-486-58732-6.

„Lieschen Müller“ gilt seit Mitte des 20. Jahrhunderts als „Synonym für die deutsche Durchschnittsfrau“ (7) und ist damit zugleich Ausdruck einer traditionellen Sichtweise auf Frauen und Männer in der Moderne. Nach landläufiger Ansicht sind Politik und Öffentlichkeit Männersache, Kinder, Küche, Kirche dagegen Angelegenheiten der Frauen. Dementsprechend wird auch heute noch das Thema *Frauen und Politik* (in den Medien) als nicht alltäglich wahrgenommen, sondern vorrangig als eine der „richtigen Politik“ untergeordnete Frage, in der es um Benachteiligungen von Frauen gegenüber „natürlichen“ Kompetenzen von Männern geht. In der Frauen- und Geschlechterforschung dagegen wurde spätestens seit den 1970er Jahren an diesen Gewissheiten heftig gerüttelt. Zunächst wurde die Gegenüberstellung Öffentlichkeit/Privatheit einer massiven theoretischen wie empirischen Kritik unterzogen, um zu zeigen, dass die Dichotomie der beiden Sphären einen komplexen Mechanismus von Herrschaft verbirgt, in dem das Weibliche stets als das Untergeordnete konstruiert wird.

Aus diesen Überlegungen heraus ist eine Vielzahl von weiteren Themen entwickelt worden, die sich etwa um die geschlechterspezifische Arbeitsteilung und ihre biologische Fundierung in den europäischen Gesellschaften drehen oder auch um den Politikbegriff. Dabei ist die Vorstellung, was denn nun Politik sei, aus mehreren Richtungen in Frage gestellt oder besser: bereichert worden. Kulturwissenschaftliche Überlegungen spielen hier eine große Rolle, aber auch Forschungen über soziale Bewegungen und nicht zuletzt die Frauen- und Geschlechterforschung. Nun geht es zum einen nicht mehr ausschließlich um Politik, sondern um das Politische, also um diejenigen Themen, Diskurse und Institutionen, die als politisch gelten. Konsequenz zu Ende gedacht ist aus dieser Perspektive fast alles in Geschichte und Gesellschaft politisch, weil sich Herrschaftssysteme und Regulierungsinstanzen des Sozialen in unterschiedlichen Erscheinungen im Politischen zeigen. Eine Unterscheidung in Privatheit und Öffentlichkeit macht dann keinen Sinn mehr, ebenso wenig wie die Differenz oder gegenseitige Funktionalisierung von Außen- und Innenpolitik, die nunmehr als hochgradig interdependent gelten. Zum anderen zeigt aber gerade die geschlechterorientierte Perspektive, wie im Politischen stets die Hierarchien der Geschlechter neu begründet und gezogen und dann als Politik institutionell und gesellschaftlich wirksam umgesetzt werden.

Das Buch von Christine Hikel, Nicole Kramer und Elisabeth Zellmer nimmt aus diesem weiten und neuen Feld eine frauengeschichtliche Komponente genauer in den Blick: Es geht um die Frage, wo und wie Frauen an Staat und Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert partizipiert haben. Frauen werden als Akteurinnen, nicht als Abhängige gezeigt und zugleich werden die Rahmenbedingungen für politisches Handeln

reflektiert. Herausgekommen ist eine Bestandsaufnahme unterschiedlicher Partizipationsmöglichkeiten für Frauen zwischen der Gewährung des Wahlrechtes für Frauen in Deutschland 1918 und dem Zusammenbruch der DDR 1989. Es verwundert nicht, dass die klassischen Instanzen der Politik wie Parteien oder Verbände nur eine geringe Rolle spielen. Vielmehr geht es um Teilhabe an Öffentlichkeit (Christiane Streubel über radikalnationalistische Journalistinnen in der Weimarer Republik oder Christoph Kühberger über die inszenierte Integration von Frauen im „Dritten Reich“), die Eröffnung von neuen ‚Räumen‘, in denen Frauen als politische Subjekte konstituiert sind (Elisabeth Harvey über die Rolle von Raum- und Offenheitsmetaphern zur politischen Mobilisierung von Frauen im politischen Katholizismus oder Elisabeth Zellmer über das „Frauenforum München“ in den 1970er Jahren), überhaupt um Frauenorganisationen oder Frauenbewegung (Nicole Kramer zu NS-Frauenorganisationen und dem hohen Grad an weiblicher Selbstmobilisierung, Sylvia Rogge-Gau zu jüdischen Selbsthilfvereinen 1933 bis 1939, Beate von Miquel über evangelische Frauenverbände nach 1945 und Eva Sängler über die Frauenbewegung in der DDR) und auch um Frauenpolitik (Michael Schwartz mit einem sehr gelungenen deutsch-deutschen Vergleich und ebenso Anna Schnädelbach mit ihrem Beitrag zum Umgang mit den „Kriegerwitwen“ in Westdeutschland).

Die Beiträge sind recht knapp gehalten und gut lesbar, es wird auf weiterführende Literatur verwiesen – kurzum: Als kleiner Einführungsband zur Geschichte der Partizipation von Frauen in Deutschland nach 1918 ist dieses Buch durchaus geeignet. Die unterschiedlichen Partizipationsbedingungen in den politischen Systemen zwischen 1919 und 1989 hätten allerdings schon in der Einleitung knizser herausgestellt werden können, um mehr Hintergrundwissen für die einzelnen Beiträge zu haben; letztlich findet die aufmerksame Leserin dann aber alle Informationen. Das eine oder andere wäre dabei durchaus zu diskutieren, etwa wenn Nicole Kramer zum Ende ihres Beitrages behauptet, die Neue Frauenbewegung der 1970er Jahre habe sich auch auf die Leistungen der Frauen im Zweiten Weltkrieg berufen und sich „historische Vorbilder“ bei den „Frauen der ‚Heimatfront‘“ genommen (84). Die Funktion dieser Aussage ist mir nicht klar – geht es um eine Kritik an einer apologetischen Erinnerungspolitik der Frauenbewegung? – und sie bleibt auch ohne Beleg. Zudem widerspricht diese Aussage neueren Forschungen zur deutschen Frauenbewegung, beispielsweise von Ilse Lenz, die einen umfangreichen und ausgezeichnet kommentierten Quellenband zur Geschichte der Zweiten Frauenbewegung in der Bundesrepublik vorlegt hat.<sup>1</sup> Weitere Ausführungen hätte ich mir auch von Beate von Miquel gewünscht, die erst am Ende ihres Beitrages zu erkennen gibt, dass sich in den 1950er Jahren ein verändertes Verständnis von Partizipation in den evangelischen Frauenverbänden andeutet. Auch das Thema der „Kriegerwitwen“ hätte mehr Platz verdient, zeigt Anna Schnädelbach an diesem Beispiel doch, dass aus individueller Partizipation an einem virulenten gesellschaftlichen Thema noch lange keine politische

---

1 Ilse Lenz Hg., Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung, Wiesbaden 2008.

Partizipation entsteht beziehungsweise entstehen muss. Schließlich finde ich den Titel des Bandes irritierend, ja missverständlich: Das Buch zeigt gerade nicht, dass und wie „Lieschen Müller politisch wird“, sondern dass es der praktischen und der Denkarbeit vieler besonderer Frauen – nicht der „Lieschen Müllers“ – bedarf, um einen Wechsel der Anschauungen über *Frauen und Politik* zu erreichen, in deren Gefolge dann auch entsprechende Gesetze (Wahlrechte, Reform des Familienrechts und des Scheidungsrechts) sowie neue Mobilisierungseffekte (Frauenbewegung, Frauen in neuen Parteien) entstehen. Zudem widerspricht der Titel dem Anspruch der Herausgeberinnen: Sie wollen die „Vielfalt weiblichen Engagements“ (8) zeigen und einen Beitrag zur neuen Frauen-Politikgeschichte leisten. Da *werden* also nicht Frauen politisch, sie sind es (immer) schon – und die Voraussetzung für eine solche Sichtweise ist ein kritisches Verständnis der Begriffe Politik und Partizipation. Beides besitzen Herausgeberinnen und Autorinnen ohne Zweifel, nur der Titel gibt das leider nicht angemessen wieder.

*Kirsten Heinsohn, Hamburg*

Johanna Gehmacher und Maria Mesner, **Land der Söhne. Geschlechterverhältnisse in der Zweiten Republik** (Österreich – Zweite Republik: Befund, Kritik, Perspektive; 17), Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag 2007, 104 S., EUR 9,90, ISBN 978-3-7065-4239-5.

Die österreichische Nachkriegsgeschichte begann mit einer neuen Selbstverständlichkeit: Frauen und Männer erhielten in der 1945 begründeten Zweiten Republik Österreich (erneut) das Wahlrecht, und das Frauenwahlrecht war – anders als nach dem Ersten Weltkrieg – kein Streitpunkt mehr. Dennoch, eine echte politische und ökonomische Gleichstellung der Geschlechter gab es zu Beginn der Zweiten Republik nicht. Wie in anderen Ländern auch waren die Handlungsmöglichkeiten und die Pflichten höchst unterschiedlich auf Männer und Frauen verteilt.

Diesen Umstand nehmen Johanna Gehmacher und Maria Mesner, beide Zeithistorikerinnen in Wien, zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchung über die Geschlechterverhältnisse in Österreich zwischen 1945 und 2005. Diese ist im Rahmen der Buchreihe „Österreich – Zweite Republik“ erschienen, welche einem interessierten Publikum auf der Basis des aktuellen Forschungsstandes einen konzentrierten Überblick über verschiedene Aspekte der jüngeren österreichischen Geschichte bieten will. In der Studie wird die Hypothese vertreten, dass das Auftreten der Neuen Frauenbewegung in den 1970er Jahren einen grundlegenden Umbruch in der österreichischen Gesellschaft bewirkt habe, der als Angelpunkt für die Periodisierung der Zweiten Republik angesehen werden könne.

Die Autorinnen gehen das Thema nicht mittels eines historischen Längsschnitts an, sondern sie wollen die Veränderung der Geschlechterverhältnisse durch vier thematische Zugänge nachzeichnen. Die entsprechenden Kapitel betiteln sie mit „Auf der